

Protokollerklärung Bündnis 90/Die Grünen zum Antrag der CDU „Pilotprojekt - Flüchtlinge für Arbeit gewinnen“ (Drucksache 24/186)

Wir, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, werden dem Antrag der CDU nicht zustimmen.

In der Drucksache 24/140 hat die Verwaltung bereits ausführlich und schlüssig dargelegt, dass ein Arbeitseinsatz von geflüchteten Menschen ohne eine „vollumfängliche Betreuung“ nicht zu organisieren ist.

So begrüßenswert es ist, Geflüchteten über Arbeit ein Integrationsangebot zu machen, so ist es doch blauäugig und weltfremd zu glauben und zu fordern, dass man einen solch „positiven Effekt“ ohne die Bereitstellung personeller Ressourcen erzielen kann.

Zahlreiche Erfahrungen aus ähnlichen Projekten in den vergangenen Jahren haben immer wieder gezeigt, dass eine kontinuierliche Begleitung durch städtische und ehrenamtliche Personen vonnöten war, um diese mit Erfolg durchzuführen – Michael Schniederjan und MitarbeiterInnen des Asylkreises können „ein Lied davon singen“. Und selbst bei gut organisierter und stetiger Betreuung mussten Fehlschläge in Kauf genommen werden. Die Erwartung, dass man die arbeitswilligen Geflüchteten mit den „nötigen Sprachkenntnissen“ und der „Eignung für körperliche Arbeit“ einfach so z.B. in die bestehenden Kolonnen des Baubetriebshofes einbinden könne, verkennt, dass damit auf die ArbeiterInnen in den Kolonnen zusätzliche Aufgaben zukommen, für die sie nicht ausgebildet wurden.

Dass die CDU in ihrem Antrag von einem „Pilotprojekt“ spricht, ignoriert die vielen vorhergegangenen Versuche, Geflüchtete durch Arbeitsangebote und leichte finanzielle Anreize in Mitverantwortung für Integration einzubeziehen.

So wirkt er wie reine „Symbolpolitik“, fern ab einer realistischen Einschätzung der Situation. Was soll damit demonstriert werden? Ist sich die CDU bewusst, dass ein „Scheitern“ eines solchen Projektes wieder einmal die Gefahr in sich birgt, dass die Schuld den Geflüchteten zugeschoben wird?

Wer wirklich und ernsthaft etwas für die Integration von Geflüchteten tun möchte, muss bereit sein, dafür auch personelle Ressourcen, also finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ansonsten gibt es auch darüber hinaus in Haltern viele Möglichkeiten, sich für Geflüchtete einzusetzen. Der Asylkreis und die von ihm betreuten Menschen freuen sich über jede Unterstützung.

Fazit meiner Ausführungen:

Was sollte ein Beschluss „Verweis an die Verwaltung“ bewirken?

Dass sie noch einmal mit den gleichen Argumenten zu dem gleichen Ergebnis kommt? Wir finden, wir können ihr diese Arbeit ersparen!